

Chef vom Dienst:
42 800/£971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 23. Oktober 1987

Blatt 2287

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Kein Steuergeld für Bezirkspläne und VOR-Magazin (2288/FS: 22.10.)
- Hatzl: „Minister Tuppy soll nicht die Öffentlichkeit täuschen“ (2288/FS: 22.10.)
- Busek: Auch Wien soll für Veterinärmedizinische Universität zahlen (2289/FS: 22.10.)
- Terminvorschau vom 26. Oktober bis 8. November (2290)
- Bettenmeßziffer als Berechnungsbasis für Spitalspatienten (2291/2292)
- Neuer Turnsaal für Schulen Schönngasse/Feuerbachstraße (2293)
- Neugestaltung der Kreuzung Liechtensteinstraße — Althanstraße (2294)
- Wie eine Frau Minister, Dr. Marilies Flemming, mit einer Gebietskörperschaft, dem Land Wien, und einem Bediensteten, dem Wiener Landesjugendreferenten Friedrich Grundei, umgeht. (2295)
- Zusammenarbeiten unter dem Motto „Hand in Hand“ (2296)
- Wien peilt Vereinbarung zwischen Bund und Ländern an (2298)
- Mayr: Tuppy hat das Gesamtprojekt eingereicht und zurückgezogen (2299)
- Mayr: Will Handelskammer Hotels schädigen? (2300)
- Enquete über Probleme Jugendlicher (2301/2302)
- Wien hilft Rhodos beim Wiederaufforsten der Wälder (2303)
- Busek fordert neues Energiekonzept (2304)
- Brand im Kaufhaus Herzmansky (nur FS)
- Demo blockiert öffentlichen Verkehr (nur FS)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Kulturwanderung in Margareten (nur FS)
- Kulturverein Alsergrund veranstaltet Wanderung (nur FS)

Kultur:

- Märchen sind nicht nur Märchen (2297)

Kein Steuergeld für Bezirkspläne und VOR-Magazin

Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) „Es ist vollkommen falsch, daß die Bezirkspläne und das 'VOR-Magazin' von den Wiener Stadtwerken finanziert werden“, stellte Donnerstag Stadtrat Johann HATZL zu einer Presseausendung des Katholischen Familienverbandes Wien fest. „Weder die Wiener Stadtwerke noch die Stadt Wien bezahlen dafür. Beide Druckwerke werden von privaten Verlagen herausgegeben und über Inserate finanziert. Präsident Dr. Herwig KUCERA hätte sich durch einen einfachen Anruf darüber informieren können, bevor er mit einer derartigen Falschmeldung an die Öffentlichkeit geht“, schloß Hatzl. (Schluß) roh/rr

Bereits am 22. Oktober 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Hatzl: „Minister Tuppy soll nicht die Öffentlichkeit täuschen!“

Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Seine Empörung und Enttäuschung über die jüngsten Aussagen von Bundesminister Dr. TUPPY über den Neubau der Veterinärmedizinischen Universität Wien brachte heute Stadtrat Johann HATZL zum Ausdruck:

„Es scheint so, daß Herrn Minister Tuppy die ernsten Anliegen der Veterinärmedizinischen Universität Wien und der dort Studierenden wirklich wenig bedeuten, wenn er zu einem Zeitpunkt, wo ein Neubau dieser Universität dringend notwendig wäre, durch Minister Graf die Zurückziehung des Bauansuchens veranlaßte. Dies erscheint so ungeheuerlich, daß es kaum zu glauben wäre, wenn es nicht schwarz auf weiß vorläge“, betonte Stadtrat Hatzl.

Gerade weil der Neubau so dringlich war, hat Stadtrat Hatzl die zuständige MA 64 beauftragt — so wie auch in anderen Fällen — rasch und unbürokratisch die Bauverhandlung anzusetzen. Diese wurde, unter Ladung von nahezu 200 Parteien und Beteiligten, für den 30. Oktober anberaumt. Aufgrund dieser Terminfestsetzung erfolgte nun mit Schreiben vom 19. Oktober die Zurückziehung des Antrages der Bundesbaudirektion Wien vom 1. Oktober dieses Jahres.

„Hätte Bundesminister Dr. Tuppy tatsächlich Zweifel am Standort Wien gehabt, wie er jetzt vorgibt, dann wäre der Antrag am 1. Oktober nicht eingebracht worden. Es mußte deshalb zu diesem Zeitpunkt eine klare Entscheidung für Wien als Standort bestanden haben“, schloß Stadtrat Hatzl. (Schluß) pz/bs

Busek: Auch Wien soll für Veterinärmedizinische Universität zahlen

Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK meinte am Donnerstag in einem Pressegespräch, die Wiener Volkspartei trete dafür ein, die Veterinärmedizinische Universität in Wien zu halten. Wenn Niederösterreich eine Milliarde anbiete, so Busek, könnte Wien das ja auch machen. Er, Busek, könnte sich auch eine Abstimmung zwischen Wien und Niederösterreich vorstellen. (Schluß) fk/rr

Bereits am 22. Oktober 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Terminvorschau vom 26. Oktober bis 8. November

Wien, 23.11. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 26. Oktober bis 8. November hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorgemerkt):

MONTAG, 26. OKTOBER:

ab 9 Uhr, Aufforstungsaktion in 22, Himmelteich-Ebling
9 Uhr, Eröffnung Van-Swieten-Tagung (Hofburg)

DIENSTAG, 27. OKTOBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

FREITAG, 30. OKTOBER:

8.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales
11.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr an Direktor DDr. Günter Neumann, Direktor Walter Schmidt, Theo Schöllner und Friedrich Frey (Rathaus, Steinerne Saal I)

SAMSTAG, 31. OKTOBER:

10.00 Uhr, Inbetriebnahme der Station Michelbeuern — AKH (Zilk, Hatzl)

MONTAG, 2. NOVEMBER:

10.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Smejkal an Hofrat Dr. Wilhelm Hadamovsky, Medizinalrat Dr. Elfriede Steinbereithner-Krauland, Regierungsrat Ernst Zivny, Oberschulrat Robert Gross und Volksschuldirektor Margarethe Jakl (Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)
15.00 Uhr, Dialog „Herausforderung an die Stadtpolitik“ (Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)

DIENSTAG, 3. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Unterzeichnung der „Charta über die europäischen Städte“ durch die Stadtoberhäupter Dr. Klaus von Dohnanyi (Hamburg), Georg Kronawitter (München), Dr. Thomas Wagner (Zürich) und Dr. Helmut Zilk (Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)
11.30 Uhr, Pressegespräch der vier Bürgermeister (Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)
13.00 Uhr, Enquete zum Thema Schulverweigerung (Ausbildungszentrum für Sozialberufe, Wien 21, Freytaggasse)

MITTWOCH, 4. NOVEMBER:

11.00 Uhr, Tunneldurchschlag U 3/Herrengasse (Hatzl)

DONNERSTAG, 5. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Eröffnung des Kindertagesheimes 17, Alszeile 57-63 (Smejkal)
11.00 Uhr, Pressekonferenz Stacher, Rudolfstiftung, Angiographie
19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Kardinal König (Christentum und Weltreligionen aus der Sicht unserer Zeit) (Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal)

FREITAG, 6. NOVEMBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz anlässlich der Verleihung des Europäischen Stahlbaupreises an das Pensionistenheim Wienerberg
11.00 Uhr, Pressekonferenz Hatzl

SONNTAG, 8. NOVEMBER:

Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen
ab 16.30 Uhr, Pressezentrum im Rathaus, Stadtsenatssitzungssaal (Akkreditierung erforderlich!) (Schluß) ger/rr

Bettenmeßziffer als Berechnungsbasis für Spitalspatienten

Stacher: KRAZAF übersieht Sonderkrankenhäuser mit Zentralfunktion

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Sobald das Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost fertiggestellt ist, wird eine sinnvolle, das ganze Stadtgebiet erfassende Spitalsbehandlung im Zusammenwirken mit den nicht-stationären Gesundheitseinrichtungen möglich sein. Eine Bettenmeßziffer, die von der Wiener Spitalsverwaltung errechnet wurde, wird eine der wichtigsten Grundlagen für die künftige Spitalsplanung sein. Diese Bettenmeßziffer gibt auch Aufschluß über die regionale Bedeutung der Wiener städtischen Spitäler, und es zeigt sich auch, daß die der Berechnung der österreichischen Spitalskosten zugrundeliegende Funktionseinteilung in Zentral- und Schwerpunktkrankenhäuser, wie beim Orthopädischen Spital in Gersthof zu ermessen, als Finanzierungsbasis nicht ausreicht. Das erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Bettenmeßziffer läßt Einzugsbereich kalkulieren

Die von Mitarbeitern des Anstaltenamtes neu berechnete Bettenmeßziffer gibt sowohl groß- als auch kleinräumig, d.h. innerhalb des Stadtgebietes, Auskunft über die „Ausstrahlung jedes Krankenhauses“, d.h. wie groß das Einzugsgebiet jedes Krankenhauses ist. Bei der Durchrechnung für die Wiener Spitäler innerhalb Wiens zeigte sich, daß erwartungsgemäß das AKH die größte überregionale Bedeutung nicht nur für Ostösterreich, sondern auch für Wiener Patienten hat. Nach dem AKH kommt das Krankenhaus Lainz, in dem ebenfalls sehr viele Patienten aus anderen Bezirken behandelt werden, während das Kaiser-Franz-Josef-Spital vor allem für den 10. Bezirk und das Floridsdorfer Krankenhaus für den 21. Bezirk eine rein regionale Bedeutung haben.

Selbstverständlich haben auch Krankenhäuser für spezielle Erkrankungen, wie das Orthopädische Krankenhaus Gersthof oder die Intensivneonatalogie in der Kinderklinik Glanzing überregionale Bedeutung für ganz Wien.

Sonderkrankenhäuser bieten aufwendige Zentralversorgung

Wie Stadtrat Stacher feststellte, beweist dies, daß die Einteilung in „Zentralkrankenhäuser“ mit medizinischer Bedeutung für einen Großteil von Wien und „Schwerpunktkrankenhäusern“ mit Bedeutung für eine bestimmte Region sinnvoll ist. Es ist auch erkennbar, daß neben dem AKH das Krankenhaus Lainz eine Zentralfunktion ausübt. Bei der derzeitigen Einteilung, die der Finanzierung durch den KRAZAF zugrunde liegt, werden aber die Sonderkrankenhäuser mit Zentralfunktion (z.B. Gersthof) übersehen. Sie müssen zur kostenintensiven Zentralversorgung gerechnet werden.

Sonderklasse-Patienten vor allem aus vier Bezirken

Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang bei Durchsicht der Statistiken, noch die Tatsache, daß die „Sonderklassepatienten“ in den Wiener städtischen Spitalern zum großen Teil aus dem 1., 2., 13. und 19. Bezirk stammen, die offensichtlich mit Recht häufig von den Wienern „Nobelbezirke“ genannt werden.

Grundlage für die künftige Spitalsplanung

Aus dieser Statistik läßt sich aber auch klar erkennen, wie wichtig der Bau des Krankenhauses Ost ist, und daß allein aus dem 22. Bezirk jährlich bis zu

16.000 Patienten in den Spitälern im Westen Wiens aufgenommen werden müssen, was nicht nur für die Kranken, sondern auch für deren Besucher eine zusätzliche Belastung darstellt. Erst mit Fertigstellung des SMZ-Ost werden hier die regionalen Unterschiede verschwinden, und wird eine sinnvolle, das ganze Stadtgebiet erfassende Spitalsbehandlung im Zusammenwirken mit den nicht-stationären Gesundheitseinrichtungen möglich sein. Zusammen mit der in diesem Jahr begonnenen Erfassung der Diagnosen in allen Wiener Spitälern wird diese Bettenmeßziffer eine der wichtigsten Grundlagen für die zukünftige Spitalsplanung sein.

Andere Bundesländer sollen Wiener Beispiel folgen

Es wäre wünschenswert, daß sich alle Bundesländer dieser Berechnungsart bedienen, um eine sinnvolle überregionale Planung auf Bundesebene ebenso wie in Wien durchführen zu können, schloß Stacher. (Schluß)
red/bs

Forts. von Blatt 2291

Neuer Turnsaal für Schulen Schönngasse/Feuerbachstraße

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Mit einem neuen zusätzlichen Turnsaal, der mit einem Gesamtkostenaufwand von 16,3 Millionen Schilling errichtet wurde, sind nun die Schulen in Wien 2, Schönngasse/Feuerbachstraße ausgestattet. Eröffnet wurde der Turnsaal, für den ein eigener Baublock errichtet wurde, Freitag von Stadtrat SMEJKAL.

Im Schulblock Schönngasse/Feuerbachstraße sind derzeit sechs Volksschul- und 15 Hauptschulklassen sowie ein Polytechnischer Lehrgang mit neun Klassen untergebracht.

Im Budget der städtischen Schulverwaltung sind für das Jahr 1987 rund 40 Millionen Schilling für die Fortsetzung von Schulneubauten vorgesehen. Fertiggestellt wurde der erste Bauteil der 8-klassigen Ganztagschule 18., Köhlergasse, die Bauarbeiten am 16-klassigen Volksschulneubau in 20., Gerhardusgasse, wurden fortgesetzt. Mit den Bauarbeiten für eine Volksschule auf den Wienerberggründen soll 1987 begonnen werden, ebenfalls begonnen werden die Planungsarbeiten für einen Schulneubau in Meidling, Jägerhausgasse. (Schluß) jel/rr

Neugestaltung der Kreuzung Liechtensteinstraße - Althanstraße

Erhöhung der Verkehrssicherheit und mehr Grün

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Eine erhöhte Verkehrssicherheit für die Fußgänger durch zwei Verkehrsinseln und vorgezogene Gehsteige, eine verbesserte Verkehrssituation für den Individualverkehr durch die rechtwinkelige Einmündung der Althanstraße in die Liechtensteinstraße und eine große Grünfläche sind das Ergebnis der Neugestaltung des Kreuzungsbereichs Liechtensteinstraße — Althanstraße — Rufgasse — Viriotgasse. Das stellte Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Freitag vormittag anlässlich der Fertigstellung des Umbauprojekts fest. Die Kosten für die Neugestaltung dieser bisher unübersichtlichen Kreuzung betragen rund 4,5 Millionen Schilling.

Zwei Verkehrsinseln in der Liechtensteinstraße — bei der Rufgasse und bei der Viriotgasse — erleichtern es nun den Fußgängern, die stark befahrene Straße zu überqueren. Die Fußgänger müssen jetzt nur mehr auf den Verkehr aus einer Fahrtrichtung achten. In der Viriotgasse und in der Rufgasse wurden die Gehsteigecken vorgezogen, sodaß die Sicht der Fußgänger nicht mehr durch parkende Kraftfahrzeuge beeinträchtigt wird. Die Schutzwege wurden behindertengerecht ausgeführt. Die nun rechtwinkelige Einmündung der Althanstraße in die Liechtensteinstraße verbessert auch die Verkehrssituation für den Individualverkehr gegenüber der bisherigen Situation.

Im Kreuzungsbereich wurde eine 800 Quadratmeter große Grünfläche angelegt. Insgesamt wurden 23 Bäume gepflanzt. In der Grünfläche wurde ein großer runder Sitzbereich geschaffen, der mit roten Porphyrsteinen gepflastert wurde. Die beiden halbrunden Bänke werden nächste Woche montiert. Sechs neue Kandelaber sorgen für eine angenehme Beleuchtung dieses kleinen Parks. (Schluß) sc/rr

Wie eine Frau Minister, Dr. Marilies Flemming, mit einer Gebletskörperschaft, dem Land Wien, und einem Bediensteten, dem Wiener Landesjugendreferenten Friedrich Grundel, umgeht.

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR erzählte Donnerstag abend vor Journalisten folgende Geschichte, die nur das Leben schreiben kann.

Das Faktum: Der Wiener Landesjugendreferent Friedrich GRUNDEI bekam vor einer Woche per Post die Familienbeihilfenkarte zugeschickt. Darauf ein Vermerk des Finanzamtes: die Familienbeihilfe wird mit 1. November 1987 eingestellt.

Die Vorgeschichte: In Wien wurde der erste Landesjugendreferent im Jahr 1947 bestellt — vom damaligen Unterrichtsminister. Seither kommt Jahr für Jahr und Monat für Monat der Bund für das Gehalt des Landesjugendreferenten auf. Der derzeitige Landesjugendreferent Grundel bezieht seit seiner Bestellung vor vier Jahren sein Gehalt vom Bund, anweisende Stelle ist das Bundesrechenamt, die Standesführung erfolgt ebenfalls beim Bund. Frau Minister Dr. Flemming teilte im heurigen September Landeshauptmann Dr. Helmut Zilk schriftlich mit, daß in Übereinstimmung mit Bundesminister Dkfm. Ferdinand Lacina im Bundesvoranschlag 1988 für den Besoldungsaufwand der Landesjugendreferenten keine Vorsorge getroffen wird. Dann wörtlich: „Das bedeutet, daß das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie mit sofortiger Wirkung aus seinen Ansätzen für Aufwendungen die Tragung der Kosten (Refundierung) für die Besoldung des Landesjugendreferenten, der Landesbediensteter ist, einstellt.“ Abgesehen vom Irrtum der Frau Minister, daß der Gehalt von Herrn Grundel nicht vom Bund refundiert, sondern direkt angewiesen wird, ist die Vorgangsweise höchst bemerkenswert: Eine seit 1947 vom Bund übernommene Aufgabe wird ohne Gespräche und ohne Versuch, das Land von der Vorgangsweise des Bundes zu überzeugen, und schließlich ohne Verhandlungsbereitschaft per Brief abgeschüttelt.

Der aktuelle Stand: Die Frau Bundesminister begründet die beabsichtigte Einstellung der Zahlung, daß es keine gesetzliche Verpflichtung dafür gibt. Die Rechtsmeinung, die nicht näher begründet wird, muß geprüft werden: Bürgermeister Dr. Zilk leitete das Schreiben an Vizebürgermeister Mayr und Frau Stadtrat Smejkal. Der Brief der Frau Minister erregte auch in anderen Bundesländern erstaunen, vor allem in Niederösterreich. Bei der Sitzung der Landesfinanzreferenten am 14./15. Oktober wurde das Problem erörtert, das Befremden über das Vorgehen der Frau Minister war einhellig.

Wie auch immer die Rechtssituation sein mag, für Herrn Grundel erwies sich das Ganze wenig spaßig: außer, daß ihm die Familienbeihilfenkarte zugeschickt wurde, hörte er bisher nichts von den Bundestellen. Bloß aus der Tatsache, daß er ab 1. November keine Familienbeihilfe mehr erhält, kann er annehmen und befürchten, daß ihm ab November auch kein Bezug mehr ausbezahlt wird.

Die Frau Minister hat offensichtlich in ihrer eigenen Behörde keine Schritte unternommen, um ihre Absicht ordnungsgemäß in die Tat umzusetzen. Die Besoldungsstelle des Ministeriums hat weder dem Personalamt der Stadt Wien die Besoldungsunterlagen übergeben, noch wurde Herr Grundel informiert.

Die wirtschaftliche Auswirkung: Frau Minister Dr. Flemming begründet ihr Vorgehen auch damit, daß gemäß des Arbeitsübereinkommens der Bundesregierung in allen Ressorts wegen der Budgetkonsolidierung Kürzungen notwendig sind. Herr Grundel ist Landeslehrer — sollte der Bund sein Gehalt als Landesjugendreferent nicht mehr bezahlen, wird er als Landeslehrer besoldet — die Kosten für die Landeslehrer trägt der Bund.... (Schluß) sei/gg

Zusammenarbeiten unter dem Motto „Hand in Hand“

Zeitschrift „Hand in Hand“ in der Stadtinformation

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) „Wir brauchen engagierte Bürger, die anderen ihre Hand hilfreich entgegenstrecken“, schreibt Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Vorwort zur gerade erschienenen Zeitschrift „Hand in Hand“. Sie unterstützt die neue Initiative der Stadt Wien, die das Zusammenwirken zwischen dem einzelnen, der Gemeinschaft und den öffentlichen Einrichtungen fördern möchte, und gibt den Wienerinnen und Wienern interessante Informationen zu den Themen Selbst- und Zivilschutz. Die Zeitschrift ist kostenlos, liegt in der Stadtinformation im Rathaus und bei allen Bürgerdienst-Außenstellen auf und kann auch unter der Telefonnummer 43 89 89 bestellt werden. Stadtrat Helmut BRAUN kündigte an, daß beabsichtigt ist, jedem Wiener ab dem 16. Lebensjahr eine Notfallkarte zur Verfügung zu stellen.

Gerüstet für kritische Situationen

Die Anonymität in der Großstadt macht die Bewohner eher zu „Einzelindividuen“ als in ländlichen Gebieten, wo jeder den anderen kennt. Bürgermeister Dr. Zilk: „Das Schicksal, die Sorgen und Nöte des einzelnen, bleiben in dieser Situation häufig unbemerkt, und leider geht in Ballungsräumen auch die Identifikation des einzelnen mit den Anliegen der Gemeinschaft vielfach verloren.“ Im Interesse des einzelnen ebenso wie der Gemeinschaft soll hier ein Umdenken einsetzen und gefördert werden. Wer beispielsweise für kritische Situationen gerüstet und ausgebildet ist, kann, so Stadtrat Helmut Braun, sich und seine Familie schützen, und auch anderen beistehen. Notwendige Grundlagen dafür bilden nicht zuletzt die Selbstschutzkurse, die derzeit in vier Bezirken abgehalten werden. Im Frühjahr folgen in vier anderen Bezirken weitere Kurse.

Jeder Wiener soll Notfallkarte bekommen

Stadtrat Helmut Braun berichtet in der Zeitschrift „Hand in Hand“ auch darüber, daß derzeit an einer Notfallkarte für alle Wienerinnen und Wiener ab dem 16. Lebensjahr gearbeitet wird. Auf dieser Karte in Visitenkartengröße werden die wichtigsten Telefonnummern, wie zum Beispiel jene der Polizei, der Feuerwehr und der Rettung, angegeben, und der Benutzer kann auch zur Erinnerung wichtige eigene Daten eintragen.

Selbstschutzkursprogramme in der Stadtinformation und unter 15 25

Selbstschutzkurse finden derzeit im 2., 5., 7. und 21. Bezirk statt. Sie haben wohl schon begonnen, ein späterer „Einstieg“ ist jedoch noch möglich. Die Kursprogramme werden auf Wunsch von der Stadtinformation, Telefon 43 89 89, zugesandt und sind auch im Tonbanddienst der Stadtinformation, Telefon 15 25, zu hören. Wer seine Adresse bekanntgibt, wird künftig laufend über alle Veranstaltungen zum Thema „Selbstschutz“ informiert. (Schluß) and/gg

Märchen sind nicht nur Märchen

**Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Bruno Bettelheim
im Rahmen der „Wiener Vorlesungen“**

Wien, 23.10. (RK-KULTUR) Im bis auf den letzten Platz gefüllten Stadt-
senatssitzungsaal des Wiener Rathauses sprach Donnerstag abend im
Rahmen der Wiener Vorlesungen, „Auf der Suche nach dem Gemein-
samen“, Univ.-Prof. Dr. Bruno BETTELHEIM über das Thema „Die
psychologische Bedeutung der Märchen. Ein Beitrag der Wiener psycho-
analytischen Schule zum Verständnis grundlegender menschlicher Kon-
flikte“. Nach einer kurzen Begrüßung durch Kulturstadtrat Franz
MRKVICKA, der Bettelheim als den „Nestor der Psychoanalyse“ bezeich-
nete, und Univ.-Prof. Dr. Brigitte ROLLET, die kurz die wesentlichen Sta-
tionen des 1903 geborenen Wieners zeichnete, stellte Bettelheim eingangs
fest, daß Kinder Ängste und Alpträume haben, sie in früher Jugend das
Gruseln, aber auch Happyends kennenlernen. Das beweise die realisti-
sche Lebensnähe der Märchen, die er anhand von Beispielen, etwa aus den
„Märchen aus 1001 Nacht“, skizzierte.

Märchen, Therapiemärchen, wären es auch, die beispielsweise in indi-
schen Dörfern oft helfen, seelische Konflikte zu überwinden. Dort wenden
sich viele Menschen mit psychischen Schwierigkeiten an einen Priester im
Tempel, dem sie ihr Leid klagen. Dieser höre geduldig zu, ehe er einige
Stunden lang meditiere und anschließend das „Resultat“ seiner Meditation
verkünde.

Bettelheim sagte weiters, daß jeder Patient, der einen Analytiker aufsuche,
der Meinung sei, die Tragödie seines Lebens wäre ein persönlicher Schick-
salsschlag. Man müsse den Patienten behutsam beibringen, daß sie selbst
einiges unternehmen können und sollen, um ihr persönliches Schicksal zu
ändern.

Dem Vortrag folgte eine Diskussion, die von Franz KREUZER geleitet
wurde. Die nächste Veranstaltung im Rahmen der Wiener Vorlesungen
findet am 5. November um 19 Uhr statt. Kardinal DDr. Franz KÖNIG wird
über „Christentum und Weltreligionen aus der Sicht unserer Zeit“ spre-
chen. (Schluß) ull/bs

Wien peilt Vereinbarung zwischen Bund und Ländern an

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Das Land Wien setzt sich für eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern nach Artikel 15 a der Bundesverfassung ein. Das betonte Vizebürgermeister Hans MAYR am Donnerstag abend in einem Pressegespräch. Wie Mayr berichtete, haben sich die Finanzreferenten der Bundesländer in den vier Bereichen

- Besoldung der Landeslehrer
- Verlängerung der Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaus-sanierung
- Krankenanstaltenfinanzierung sowie
- Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

geeinigt. Die neun Bundesländer seien einhellig der Meinung, daß über diese Fragen im Sinn eines zusammenhängenden Maßnahmenpaketes verhandelt werden sollte. Es sei nicht möglich, so Mayr, einzelne Punkte von diesem Paket allein zu behandeln. Wenn dieses Bundesländerpaket nur teilweise erfüllt werde, sei das gesamte Bundesbudget gefährdet. Eine Einigung müsse bis Jahresende erzielt werden, da im Bundesbudget bereits Maßnahmen gesetzt wurden, die entsprechende Vereinbarungen mit den Ländern voraussetzen.

Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Wohnbauförderung sei es nötig, den Ländern auch die Kompetenz zur Mietenregelung der neugeförderten Wohnungen zu übertragen.

Mayr sprach sich weiters für eine Neuorientierung der Spitalsfinanzierung aus, wobei einerseits die medizinischen Spitzenleistungen honoriert werden sollen und andererseits die Frage der Fremdpatienten gelöst werden müßte. Den Ländern müßte im Rahmen des KRAZAF die Möglichkeit eingeräumt werden, die Gelder aus dem KRAZAF nicht nur zur Finanzierung von Spitalsbetten, sondern auch für andere kostengünstigere medizinische Versorgungseinrichtungen zu benutzen, gleichzeitig müßten auch Modellversuche möglich sein. (Schluß) fk/bs

Mayr: Tuppy hat das Gesamtprojekt eingereicht und zurückgezogen

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Die Bundesbaudirektion Wien hat das Gesamtprojekt für die Veterinärmedizinische Universität in Floridsdorf am 1. Oktober eingereicht und am 19. Oktober wieder zurückgezogen, betonte Vizebürgermeister Hans MAYR am Donnerstag abend in einem Pressegespräch. Damit sei das Argument von Wissenschaftsminister Univ.-Prof. Dr. Hans TUPPY und Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK hinfällig, daß lediglich die Kanalarbeiten eingereicht worden seien. Im Auftrag des Wiener Magistrates sind die gesamten Planunterlagen in der Wiener Baudirektion abgelichtet worden. „Wir können damit beweisen“, sagte Mayr, „daß Minister Tuppy das Gesamtprojekt zurückgezogen hat“. Damit verzögere sich der Neubau der Veterinärmedizinischen Universität um Jahre. Den Vorschlag von ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Busek, Wien solle sich mit einer Milliarde Schilling am Bauprojekt beteiligen, wies Mayr zurück. „Man kann nicht Universitäten wie im Dorotheum versteigern!“

Die von Niederösterreich angeblich zugesicherte Milliarde schwebe irgendwo im Raum. „Solange Minister Tuppy keine einklagbare Zusage Niederösterreichs vorlegen kann, glaube ich nicht an dieses Milliarden-geschenk“, sagte Mayr.

Universitätscampus um 400 Millionen

Die Stadt Wien sei weiter bereit, das AKH-Gelände der Universität zur Verfügung zu stellen. Sogar das Wissenschaftsministerium habe errechnet, daß um eine Gesamtinvestition von 400 Millionen Schilling dieses Gelände in ein „Universitätscampus“ umgebaut werden kann. Andererseits könnte ohne Belastung für das Wiener Budget die derzeit dem Bund gehörende Roßauer Kaserne um 600 Millionen gekauft werden. Damit ersparte sich der Bund auch die relativ hohen Renovierungskosten für dieses Gebäude. (Schluß) fk/rr

Mayr: Will Handelskammer Hotels schädigen?

Wien, 22.10. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR warnte Donnerstag abend in einem Pressegespräch, mit Aussagen wie „die Hotelbetten sind leer“ die Hotel- und Reisebürobranche zu verunsichern. Besonders bedauerlich sei es, daß diese Aussagen von der Landesvertretung, der Wiener Handelskammer, kommen, könnten sie doch dazu führen, daß auf die Hotels ein nicht notwendiger Preisdruck ausgeübt wird und damit die Erträge sinken.

Nach Mayr gab es im bisherigen Fremdenverkehrsjahr 1986/87 (wobei nur mehr ein Monat, der Oktober, fehlt) 4,8 Millionen Nächtigungen in Wien, das ist gegenüber den bisherigen Rekordfremdenverkehrsjahr 1984/85 ein Plus von 5,4 Prozent. Da im gleichen Zeitraum die Hotelbetten um 7,5 Prozent zugenommen haben, verringerte sich die durchschnittliche Auslastung von 52 auf 50 Prozent. Wenn das Jahr 1988 ein gutes Fremdenverkehrsjahr wird, kann die Auslastung wieder steigen, da die Zahl der Betten 1988 nur um 3 Prozent zunehmen wird.

Generell zeige es sich, daß der Städtetourismus in Wien sich nach dem schwierigen Jahr 1986 überraschend schnell erholt habe und daß man wieder mit einer kontinuierlichen, positiven Entwicklung rechnen könne. Die Entwicklungschancen für den Wiener Fremdenverkehr seien somit gut.

Gerade deswegen seien leichtfertige Interpretationen über Auslastungsschwankungen zurückzuweisen. Es zeige sich nämlich, daß solche Schwankungen typische Erscheinungen bei einer Erweiterung des Angebots sind, wobei es nie möglich sein wird, Angebot und Nachfrage so zu steuern, daß beide parallel nach oben gehen. In Wien könne man davon ausgehen, daß sich in einer relativ kurzen Zeit die Situation wieder einpendele. Er, Mayr, sei nicht bereit, in den Prozeß der freien Marktwirtschaft einzugreifen und den Bau von Hotelbetten in Wien zu verbieten, schloß Mayr. (Schluß) sei/ke

Enquete über Probleme Jugendlicher

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Über die Ergebnisse einer Enquete zum Thema „Problemfamilien und Dissozialität“, die Donnerstag im Rathaus vom Jugendamt der Stadt Wien und der Vereinigung österreichischer Richter veranstaltet wurde, berichtete Freitag Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL in einem Pressegespräch. Diskutiert wurden Strategien, um das Abgleiten Jugendlicher in Dissozialität oder gar Kriminalität zu verhindern und Vorbeugemaßnahmen in Problemfamilien zu setzen.

Initiativen für verstärkte Vorbeugung

Erziehung und Sozialisation Jugendlicher, darüber waren sich die Experten einig, ist aufgrund verschiedener Faktoren wie z.B. Beziehungskrisen der Elterngeneration, Gewalt in der Familie usw. schwierig. Ein Diskussionschwerpunkt der Enquete waren deshalb Maßnahmen für Problemfamilien, die Neigungen zum Außenseitertum, zu Verwahrlosungs- und Kriminalitätsgefährdung aufweisen.

Die Enquete zeigte auf, daß neue Maßnahmen der Vorbeugung in folgenden Bereichen ansetzen müssen:

- Sicherung der Berufsausbildung für alle Jugendlichen, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.
- Ausbau der Elternbildung und der Vorbereitungsmöglichkeiten für Familiengründung.
- Diskussion der kompensatorischen Möglichkeiten der Schule, was soziale Anpassung und Integration betrifft.
- Ausbau der Zugänge zu sozialen Problemfamilien. Bisher schon bewährt haben sich Angebote der wirtschaftlichen Absicherung.
- Fortführung der Strategie des „Wiener Weges der Jugendwohlfahrt“: Serviceangebote für Familien, die ohne Diskriminierung in Anspruch genommen werden können; mögliche Vermeidung von behördlichen Eingriffen; Ausbau der Familienintensivbetreuung.
- Ausbau der Möglichkeiten der Bewährungshilfe und der Modelle der „Konfliktregelung“ (Ausgleich zwischen Schädiger und Geschädigtem unter Einschaltung eines Sozialarbeiters).

Die Ergebnisse der Enquete werden in einer Broschüre dokumentiert und in der Schriftenreihe des Jugendamtes der Stadt Wien veröffentlicht.

Gewalt ist kein Erziehungsmittel

In der Wiener Familienpolitik hat die Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder einen hohen Stellenwert, erinnerte Stadtrat Smejkal. Die Stadt Wien unterstützt daher die Bestrebungen, im Zuge der Neugestaltung des Jugendwohlfahrtsrechtes Gewalt als Erziehungsmittel zu verbieten.

In zahlreichen Beratungsstellen und durch sonstige Aktivitäten wird vorbeugend auf die Eltern eingewirkt, gewaltlos zu erziehen. Smejkal appellierte an alle Familien, in Krisensituationen möglichst frühzeitig Hilfe, die vom Wiener Jugendamt in zahlreichen Einrichtungen angeboten wird, in Anspruch zu nehmen.

Notruf „31 66 66“

Das Wiener Kindertelefon, „31 66 66“, das auch als zentrale, jederzeit erreichbare Notrufeinrichtung dient, verzeichnete 1987 bis September 56 Notrufe, 9 davon von Kindern und Jugendlichen. In 13 Fällen riefen Eltern an, die aus kritischen Situationen keinen Ausweg wußten, zog Smejkal Bilanz.

Von den 56 Notanrufen waren 17 Mißhandlungsmeldungen, die an die Sozialarbeiter der zuständigen Bezirksjugendämter weitergeleitet wurden. Die Sozialarbeiter nehmen Kontakt mit dem Kind bzw. der Familie auf und leiten — wenn erforderlich — konkrete Hilfe ein.

Wiener Kindertelefon: hoher Bekanntheitsgrad

Das Wiener Kindertelefon, 31 66 66, ist durch den intensiven Einsatz der geschulten Mitarbeiter und mit Unterstützung der Medien bei Kindern und Jugendlichen mittlerweile so bekannt geworden, daß 1987 (bis September) bereits 12.258 Anrufe zu verzeichnen waren. Die durchschnittliche Anrufzahl pro Tag stieg von 13 auf 41! (Forts. mgl.) jel/gg

Forts. von Blatt 2301

Wien hilft Rhodos beim Wiederaufforsten der Wälder

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Katastrophale Waldbrände haben im Sommer einen Großteil des Waldbestandes der griechischen Insel Rhodos vernichtet. Wien wird Rhodos nun ein wenig beim Wiedererstehen der Wälder helfen: hundert Schwarzföhren sind der Beitrag der Stadt Wien zur Aufforstung einer durch den Waldbrand verwüsteten Fläche. Die Initiative dazu ging vom österreichischen Honorarkonsul aus. Der Bürgermeister der Stadt Rhodos, Savas KARAJANNIS, übernahm heute Freitag von Stadtrat Helmut BRAUN symbolisch die erste dieser Schwarzföhren — als Dank an Österreich, das sich als erstes Land zur Hilfe bereit erklärt hat, wird der Baum am Nationalfeiertag am kommenden Montag in Rhodos gepflanzt. Die Schwarzföhren — sie gedeihen auch im vollständig anderen Klima auf Rhodos — werden von der AUA kostenlos auf die griechische Insel geflogen. (Schluß) hrs/bs

Busek fordert neues Energiekonzept

Wien, 23.10. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich einer Tagung der politischen Akademie und der kommunalpolitischen Vereinigung der ÖVP fand Freitag eine Pressekonferenz zum Thema „Welche Energiezukunft wollen wir?“ mit Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK statt. Busek forderte darin ein neues Energiekonzept, das sich nicht am Energieangebot, sondern am Bedarf orientieren sollte. Mit entsprechenden Maßnahmen könnten in Wien jährlich fünf bis sieben Milliarden Schilling eingespart werden.

Die Organisation unseres Energiesystems müßte hinsichtlich Planung, optimaler Realisierung und Energiebereitstellung neu überdacht werden, sagte Busek. Für Wien forderte Busek konkret eine offensive Energieberatung, großzügige Förderung vor allem der Planung und eine Vereinfachung der Behördenabwicklung. Eine regelmäßige Wartung der Feuerstätten mit Prüfplaketten sollte nach dem Vorbild des niederösterreichischen Luftreinhaltegesetzes erfolgen. Auch mit einer umweltgerechten Verkehrspolitik könnte Energie gespart werden.

Hinsichtlich der elektrischen Energie verlangte Busek bei Kraftwerksbauten einen Bedarfsnachweis und eine Umweltverträglichkeitsprüfung, einen Zwang zur Wirtschaftlichkeitsrechnung bei den EVU und keine Subvention für Elektroheizungen über den Tarif. (Schluß) roh/rr